

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig, Raben & Comp., Nr. 20618. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Verlagsort: Dresden, Geyersgasse 10.

Abonnementpreise: Einjährig 12.00 M., halbjährig 6.00 M., vierteljährig 3.00 M., monatlich 1.00 M. (Postzusatz 0.20 M.). Einzelhefte 10 Pf. Anzeigenpreise: Die 6-spaltige Normalzeile 1.50 M., Familienanzeigen 1.30 M., die 3-spaltige Normalzeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabung Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Berücksichtigung der Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefmarkenlegung 20 Pf.

Nr. 143

Dresden, Donnerstag den 24. Juni 1920

31. Jahrg.

Die preussische Verfassung

Seit dem März 1919 tagt die verfassunggebende Preussische Landesversammlung; aber erst jetzt ist sie in der Lage, die Verfassungsarbeit ernsthaft zu fördern. Schuld daran trägt nicht ein Verlangen der Regierung oder der Mehrheitsparteien, sondern die inneren Schwierigkeiten der Lage Preußens und der Frage selber. Zunächst waren sich Regierung und Landesversammlung Preußens darüber einig, mit dem preussischen Verfassungswerk zu warten, bis in Weimar die Reichsverfassung ihre endgültige Gestalt erhalten hatte. Als dies im August 1919 geschehen war, ging man an die Aufstellung des Entwurfes für Preußen. Aber es stellte sich alsbald heraus, daß unter den Mehrheitsparteien starke Meinungsverschiedenheiten obwalteten. Demokraten und Zentrum wollten möglichst viele Gegengewichte gegen die Alleinherrschaft des Landtages, während die Sozialdemokraten mit Nachdruck für das reine Einkammerprinzip eintraten. Unter den zahlreichen Vätern berging die Zeit, bis man sich schließlich auf einen Finanzrat einigte, der aus einigen hohen Beamten, einigen Vertretern der Provinzen und einer Anzahl von Landtagsabgeordneten bestehen sollte. Aber diese Lösung hat niemanden recht befriedigt: den Sozialdemokraten ging sie zu weit, den bürgerlichen Koalitionsparteien längst nicht weit genug.

Um die Macht des Landtages wird jetzt im Verfassungsausschuß der Kampf geführt, sehr reich wurde Einigkeit darüber erzielt, daß auch in die preussische Verfassung Volksbegehren und Volksentscheid, das heißt die unmittelbare Selbsteingebung durch das Volk, aufgenommen werden. Aber darüber hinaus wollten die Rechtsparteien dem Landtag eine Erste Kammer zur Seite setzen, die aus Vertretern der Provinzen und aus Abgeordneten der einzelnen Berufsstände bestehen sollte. In einer solchen ersten Kammer wäre eine bürgerliche Mehrheit für unabsehbar lange Zeit gesichert. Aber damit nicht genug, wollten die Rechtsparteien auch einen Staatspräsidenten mit möglichst ausgebildeten Befugnissen. Die bürgerlichen Mittelparteien lehnten zwar diese extremen Forderungen ab, aber sie setzten sich mit großem Eifer für einen Staatsrat ein, der von den Provinziallandtagen gewählt werden soll, die ihrerseits wieder auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts aller über zwanzig Jahre alten Männer und Frauen gewählt werden sollen. Durch diese Beteiligung der Provinzen an der Staatsleitung will man den Anfang machen mit der Erfüllung ihres Wunsches nach größerer Selbstständigkeit und den Loslösungsbestrebungen entgegenwirken. Aber diesem Staatsrat wollen Demokraten und Zentrum so weitgehende Befugnisse verleihen, daß er beinahe an Macht den Landtag übertrifft, mindestens ihm aber gleichsteht. Der Staatsratspräsident soll von Staatsrat und Landtag gemeinsam gewählt werden und dann einen wesentlichen Teil der Befugnisse ausüben, die sonst ein Staatspräsident befehle. Der Staatsrat soll sogar die Möglichkeit haben, durch Beschluß den Landtag aufzulösen, während umgekehrt ein gleiches Recht des Landtages gegen den Staatsrat nicht vorgesehen ist.

Die Sozialdemokratie lehnt den Gedanken eines zweiten Selbsteingebungsfaktors neben dem Landtag grundsätzlich ab. Wer eine Ahnung davon hat, wie schwer es ist, die stark zerplitterten deutschen Parteien auf eine Regierung zu einigen und für jede Vorlage eine Mehrheit — möglichst oft dieselbe Koalitionsmehrheit wie bei der Regierungsbildung — zu finden, wer die ganze Schwerfälligkeit der parlamentarischen Arbeit kennt, der wird sich ängstlich hüten, ohne zwingende Not neue Instanzen zu schaffen, welche die Verabschiedung neuer Gesetze noch erstreben. Tatsächlich hört man viel seltener den Vorwurf, daß ein Parlament überflüssig und unnötig arbeite, wie den, daß es die Lösung dringender Fragen allzu lange hinauszieht. Der preussische Staatsrat wäre ähnlich zusammengesetzt wie im Reich der Reichsrat. Aber dieser hat sich als eine durchaus reaktionäre Körperschaft erwiesen, so noch jüngst bei der Bestellung seiner Vertreter im Reichswirtschaftsrat, in den er lauter Unterdrücker entsandte hat. Der preussische Staatsrat müßte nicht gleich rückwärts sein, weil in ihm nicht wie im Reichsrat die alten reaktionären Beamten aus der wilhelminischen Zeit sitzen würden, aber doch er im Sinne der Arbeiterklasse ein normiertreibendes Element wäre, ist nicht anzunehmen.

Gleichwohl muß die Sozialdemokratie damit rechnen, daß sich für den Staatsrat eine Mehrheit findet. Dann werden sich ihre Anstrengungen darauf richten müssen, seine Macht wenigstens nicht ins Gefährliche wachsen zu lassen. Er muß streng beschränkt werden auf ein bloßes Einprüfungsrecht mit anschließender Wirkung, darf aber nicht selbst an der Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung aktiv mitwirken. Sein Präsident kann während der Zeit einer Landtagswahl den Landtagspräsidenten vertreten, darf ihn aber sonst nicht vertreten wollen. So wird die Sozialdemokratie dafür kämpfen, das Hebel einer zweiten Instanz wenigstens nicht allzu groß werden zu lassen.

Sehr merkwürdig ist gegenüber dem Staatsrat die Haltung der beiden Mehrheitsparteien. Ihre Redner haben mit großem Eifer dargelegt, daß diese reaktionären Bevormundungen ein Schritt weiter zur Auflösung Preußens wären. In der ganzen Reichsversammlung erschienen würde Kritik gegen die neue Reichsregierung, weil das Interesse Preußens in ihr nicht genügend berücksichtigt sei, und Preußen ist nach Ansicht der Mehrheitsparteien noch immer der Reichsfeind. Trotzdem haben die Mehrheitsparteien grundsätzlich für den Staatsrat gestimmt, und man muß abwarten, ob sie von dieser in ihrem eigenen Grundbesitz widersprechenden Haltung noch zurückkommen werden.

Am übrigen verläuft die Arbeit an der preussischen Verfassung glatt und ruhig, und es ist zu hoffen, daß die Land-

Noch immer Verhandlungen

Nach den neuesten Meldungen scheint es doch noch so, als ob Lehrenbach sein Kabinett der Mitte trotz den Schwierigkeiten, die in letzter Stunde aufgetreten sind, zustandebringen würde. Das Bestreben der Deutschen Volkspartei ist darauf gerichtet, alle für unser Wirtschaftsleben wichtigen Ministerposten durch zuverlässige Vertreter des Großkapitals zu besetzen. Sie wollte sich nicht damit begnügen, daß nur das Wirtschaftsministerium durch einen sogenannten Fachmann besetzt wird, das gleiche sollte auch mit dem Reichsfinanzministerium und dem Postministerium geschehen. Treibhorn und Lehrenbach haben aber erklärt, daß sie die Herren Dr. Birich und Giesberts nicht aus ihren Ministerien entfernen lassen würden. Bis zur Stunde ist noch nicht bekannt, wer das Wirtschaftsministerium besetzen soll.

Giechert hat die Übernahme des Reichswirtschaftsministeriums von der Voraussetzung abhängig gemacht, daß auch das Reichsfinanzministerium, das Reichsverkehrsministerium und das Postministerium mit sogenannten Fachmännern besetzt werden sollen. Auch eine Anzahl hervorragender Vertreter des deutschen Wirtschaftslebens, mit denen die Deutsche Volkspartei wegen ihres Eintritts in die Regierung verhandelt hat, sollen die gleichen Forderungen gestellt haben. Da das Zentrum auf diese Forderungen nicht eingehen wird, dürfte Dr. Giechert für die Besetzung des Reichswirtschaftsministeriums ausbleiben. Giechert hatte für das Reichsfinanzministerium den bekannten Schwerindustrie-Manager, den Generaldirektor der Deutsch-Augsburgerischen Bergwerks-Gesellschaft, vorgeschlagen. Es ist klar, daß die Sozialdemokratie dem neuen Kabinett sehr mißtraulich gegenübersehen dürfte, wenn die wichtigsten Ministerien mit solchen ausgebrochenen Unternehmern besetzt sind. Auch ein Kandidat für das Arbeitsministerium scheint noch nicht gefunden zu sein. Stegerwald hat abgelehnt, und der Abgeordnete Haeder, Krensbach, der dann in Aussicht genommen war, hat ebenfalls abgelehnt.

Über neue Reichsliste unter Partei ist bisher nichts bekannt. Es soll die Hoffnung bestehen, daß man sich auf eine Resolution einigen wird, die die bürgerlichen Parteien der Mitte als eine Art Vertrauensvotum ansehen können. In letzter Stunde hat auch noch in Berlin das Reichsamt für die Reichsliste gefordert, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten bereit sei, ihre bisherige Abstimmungsposition aufzugeben. Das wäre natürlich die bestmögliche Lösung der Krise. Dann wäre es der Arbeiterpartei möglich, den ihr gebührenden Einfluß in der Regierung zu erhalten. Nach dem bisherigen Verhalten der Unabhängigen ist es leider nur zu wenig wahrscheinlich, daß sie noch in letzter Stunde Barmut annehmen.

Zusammentritt des Reichstags oder nicht?

Berlin, 24. Juni. Der Reichstagsauschuss des Reichstags tritt heute Vormittag um 11 Uhr zusammen. Es ist, wie verlautet, geplant, angedeutet der ungelösten Kabinettkrise den Zusammentritt des Reichstags nach ein paar Tagen zu beschließen. Ob die Mehrheit des Reichstagsauschusses aber nicht lieber doch die erste konstituierende Sitzung des Reichstags, in der es sich ja in der Hauptsache nur um die Bildung des Präsidiums handelt, abwarten will, läßt sich im Augenblick nicht sagen.

Berlin, 23. Juni. Wie der Vorwärts mitteilt, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einstimmig beschlossen, Anspruch auf den vordemokratischen Posten des Reichstags dringend zu erheben und dafür den ehemaligen Vizepräsidenten Böde vorzuschlagen.

Verhandlungen die Verfassungsgesetze und die große Verwaltungsreform nach in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt, ob das Volk auch in Preußen zu Neuwahlen aufgerufen wird.

Neueste Telegramme

Die drei Ententoten

Eigene Drahtmeldung

Paris, 24. Juni. Dem Präsidenten der Friedensdelegation wurden gestern drei von Wilson geschickte Noten zugestellt. Die erste war von dem Kommando der Entente am letzten Sonntag abgefaßt, indes sind die Beschlüsse von Versailles abgeändert worden, die man sie abgab. Sie bezieht sich auf die Verminderung der Reichswehr auf 100 000 Mann, die ursprünglich bis zum 31. März durchgeführt sein sollte, infolge des Ruhr-Putsch aber bis 30. Juni verlängert worden war. Die Note der Entente fordert, daß den Franzosen, Belgiern und Engländern, daß es diesen Punkt des Vertrages in ihrer Zeit zu erfüllen hat. Es wird in der Note ein Verbot ausgesprochen, die Entente zu unterstützen und ihre Überführung in eine totale Sicherheitswehr gefordert sowie die Verminderung der Reichswehr auf 100 000 Mann. Die zweite Note enthält Vorschläge des Maréchal Foch. Sie behandelt die technische Durchführung der Entlassung Deutschlands, die Zerstörung des k. k. Materials usw. Es wird noch gesagt, daß sich noch Verhandlungen mit Österreich in den Händen von Freiden befinde, die es diesen Resten schließlich ermöglichen, Ansprüche auf die öffentliche Ordnung durchzuführen. Die dritte Note wurde ebenfalls von der Entente in Brüssel geschrieben und beschäftigt sich mit dem Ruhrgebiet.

Entscheidung der englischen Arbeiterpartei

Amsterdam, 24. Juni. Die Jahresversammlung der englischen Arbeiterpartei in Scarborough nahm eine Entscheidung an, die besagt: Die Friedensbedingungen können mit den Kriegszuständen in Widerspruch stehen. Ferner wird in der Entscheidung die Anerkennung der gegenwärtigen russischen Regierung, die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen mit Rußland und Unterlassung jeglicher Hilfe an die antibolschewistischen Kräfte gefordert. Des weiteren wird der weiße Schrecken in Ungarn scharf verurteilt und erklärt, daß die wirtschaftliche Wiederherstellung Mittelwesteuropas für den Frieden und die Ruhe der Welt notwendig sei.

Die Haltung der Sozialdemokratie

Berlin, 24. Juni. Die sozialdemokratische Fraktion ist, wie das Berl. Tagebl. hört, sich klar darüber, daß augenblicklich keine andere Regierungsbildung möglich ist als diejenige, die von Lehrenbach angestrebt wird. Die Fraktion weiß zwar nicht, ob und wie sie das tolerare lassen ansprechen soll, da sie es auf alle Fälle vermeiden will, für irgendeine Handlung des Kabinetts mitverantwortlich gemacht zu werden, in dem auch Deutsche Volksparteier vertreten sind. Es besteht Grund zur Annahme, daß die Sozialdemokratie vorher öffentlich keine offizielle Erklärung über ihr Verhalten bei der Vorstellung der neuen Regierung im Reichstag abgeben wird, aber sie wird voraussichtlich durch die persönliche Abklärung die entscheidenden Faktoren von ihrem definitiven Schritt unterrichten und so Herrn Lehrenbach die Möglichkeit geben, das Kabinett bei einem wohlwollenden neutralen Verhalten der Sozialdemokratie zustandebringen. Giechert selbst äußert Lehrenbach Fraktionskollegen gegenüber, daß er die Hoffnung auf die Bildung eines Kabinetts der bürgerlichen Mittelparteien noch keineswegs aufgegeben habe.

Die Ministerjagd

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 24. Juni. Die Kabinettbildung ist noch im Fluß. Kreuzbergs wird der Name des Charlottenburger Oberbürgermeisters Scholz für den Posten des Reichswirtschaftsministeriums genannt. Er gehört der Deutschen Volkspartei an.

Das Präsidium des Reichstags

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 24. Juni. Der Reichstagsrat der Nationalversammlung hat heute getagt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß das Präsidium nach der Stärke der Fraktionen zu beschließen sei. Präsident wird also ein Sozialdemokrat, und zwar Böde, gewählt. Er wird durch Jettelwahl gewählt. Die drei Vizepräsidenten, die gleichberechtigt sind, werden gestellt von den Unabhängigen, die angenommen haben, den Zentrum und der Deutschnationalen Volkspartei, und zwar Wittmann (l. Soz.) und Dr. Bell (Zentr.). Für die Geschäftsführerposten sind in Aussicht genommen Sozialdemokraten 2, Volkspartei 2, Zentrum, Demokraten und Unabhängige je 1. Auch sie werden durch Stimmzettel gewählt. Der Reichstag wird heute, wie beschlossene, zusammentreten, um zunächst die Konstituierung vorzunehmen. Morgen findet die Präsidentenwahl statt. Dann verlegt sich das Haus auf Mittwoch, an welchem Tage die neue Regierung sich vorstellen wird.

Die Berliner Botschafter

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 24. Juni. Zum französischen Botschafter in Berlin ist Charles Laurent ernannt worden. Diese Wahl beweist, daß die französische Regierung dem Hauptprinzip darauf legt, über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands gut unterrichtet zu sein. Charles Laurent war Generalkonsul des Finanzministeriums. Er trat später von seinem Posten zurück, um sich ganz der Leitung finanzieller Unternehmungen widmen zu können. Er ist 64 Jahre alt und der älteste der in Berlin ernannten Botschafter.

Als englischer Botschafter in Berlin ist Francis Vincent aus dem Hause der Earline Vernon angetreten. Er war längere Zeit englischer Vertreter bei der Osmannischen Bank in Konstantinopel und ist politisch bisher wenig hervorgetreten. — Von Italien wird der gegenwärtige Geschäftsträger in Berlin Sen Martino zum Botschafter ernannt werden.

Rücktritt der ungarischen Regierung

Wien, 24. Juni. Der Korrespondent der Telegraphen-Union erfährt, daß die ungarische Regierung am 26. Juni dimissionieren wird. Für die Lösung der Kabinettkrise stehen zwei Möglichkeiten offen. Entweder übernimmt Apponyi das Kabinett, der dann dem Grafen Andrássy das Portefeuille des Auswärtigen und auch alle andern Portefeuilles den führenden Männern, aber die Ungarn zur Zeit verliert, ohne Rücksicht auf ihre Parteigehörigkeit, anbieten würde. Diese Variante hat jedoch mit Rücksicht auf den Widerstand der Parlamentarier wenig Aussicht. Als zweite Möglichkeit käme ein Ministerium Kubinek oder Szabo auf Grund der alten Koalition zwischen den Keinen Landwirten und den Christlichnationalen in Betracht.

Die Absperrung Ungarns

Aus Wien wird der Frankfurter Zeitung gemeldet:

Der telegraphische Verkehr in der Richtung auf Ungarn ruht mit Ausnahme der Staatsdepeschen, der diplomatischen Korrespondenz und des Durchgangsverkehrs vollständig. Von den nach Budapest arbeitenden sechs Fernspreitleitungen sind fünf angebrochen worden. Der Eisenbahngüterverkehr ist vollständig unterbrochen. Dagegen haben deutschungarische Postkollegen, Beamte und Arbeiter, es nach jüdischen Auseinandersetzungen mit den Sozialdemokraten in zwei Fällen durchzuführen gemußt, daß an die von Wien abgehenden Veronesenzüge der Wagon mit der Briefpost angehängt wurde. Auch der Personenverkehr auf den Donaudampfern wird fast vollständig abgebrochen. Die Donaudampfer fahren nur bis zur tschechoslowakischen Grenzstation Preßburg.

Da der Staatssekretär für das Verkehrswesen erkrankt ist, wird er durch den Staatssekretär für den Handel vertreten, der der Christlich-sozialen Partei angehört. Wenn er auch nicht, wie in mehreren Zeitungen behauptet wurde, durch

den förmlichen Entschluß die Unterlassung der Erfüllung der Verantwortlichkeiten von Seiten des ihm unterliegenden Personals Sabotage erklärt hat, so ist er doch sicher ein Gegner des Konfotts und bestrebt jener Teil des Personals, der den Konfott unerschrocken zu machen trachtet. Die Ministerkommission Centralleitung des Konfotts hat heute die Verständigung nach Wien gelangen lassen, daß Frankreich, Deutschland und die Tschechoslowakei den Konfott ruhig durchführen lassen. Tapanen behauptet das ungarische Telegramm-Kontrollbureau, daß mit Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Rumänien der Post- und Warenverkehr, soweit er schon vorher bestanden hat, aufrecht erhalten wird.

Der Abend meldet, daß die ungarische Regierung sich heute Tage vor dem Beginn des Konfotts an die englische Regierung mit der Bitte um Intervention gewendet habe. Die englische Regierung habe darauf folgendes geantwortet: Die englische Regierung teilt mit, daß sie der ungarischen Regierung den Rat gibt, die Abmachung mit Sir George Curzon vom Oktober v. J. durchzuführen, die dahin lautet, eine aus allen Schichten der Bevölkerung, aus Bürgern, Bauern und Arbeitern zusammengesetzte Regierung zu bilden. Der englischen Regierung ist bekannt, daß diese Anschauung vom Grafen H. von... geteilt wird. Die englische Regierung wird, falls diese Bedingung nicht erfüllt wird, nicht in der Lage sein, auf eine Beeinflussung der Konfottbewegung einzugehen.

Die Arbeiterbewegung weist der Behauptung gegenüber, die Fortsetzung Ungarns richte sich gegen Oesterreich selbst, mit Recht darauf hin, daß außer Obst und Gemüse aus Ungarn einheimisch nichts herüberkomme. Wenn man jetzt von ungarischen Getreideüberschüssen spricht, so müßte betont werden, daß Ungarn selbst auf die Einfuhr von Getreide angewiesen sei. Der beste Beweis dafür sei, daß im Herbst 1919 Waggons mit amerikanischem Weizen für Ungarn lagern, die jetzt nicht ihrer Bestimmung zugeführt werden können. In der bürgerlichen Presse beginnt sich doch die Ansicht durchzusetzen, daß über einer möglichen Schädigung Oesterreichs durch den Konfott doch die Notwendigkeit stehe, durch eine wirksame Maßregel den ungarischen Grenzverkehr zu sperren. So schreibt die Neue Freie Presse: „Was der Konfott für Willkür, Willkür und für uns eine wirtschaftliche Schädigung sein und eine tiefe Wunde für das Verhältnis unter Nachbarn zwischen beiden Staaten bedeuten, für Ungarn ist er ein Verhängnis, das nicht überleben werden darf. Eine Randurwirtschaft darf nicht gebildet werden. Das ist verurteilte Vergangenheit und darf nicht für einen modernen Staat.“

Die Stellung der Schweiz

Basel, 21. Juni. (Telegraph.) Nach den Basler Nachrichten ist die schweizerische staatsrechtliche Lage gegenüber dem gegenwärtigen Zustand der internationalen Gemeinschaften... (Text continues with details of Swiss international relations and neutrality stance).

Die Komödie des Rechts

Von einem Journalisten im Strajk gegen die Marburger Einheiten mit dem Vorwort aus Marburg (Rahn) noch geschrieben:

Am 19. Juni 1920, mittags 12 1/2 Uhr, fand die Thüringer Tagung... (Text describes the proceedings of the Thuringian assembly and the political atmosphere).

Die Thüringer Tagung... (Continuation of the report on the Thuringian assembly, discussing political positions and the role of various groups).

Ein Verherrlicher des Arbeitermordes

In der Oberbairischen Zeitung schreibt Unberühmter Professor... (Text discusses a political article in an Upper Bavarian newspaper).

Die Propagandabteilungen gegen unser tapferes Marburger Studentenkorps... (Text continues with commentary on propaganda efforts against the Marburg student corps).

teils wenig später, jedenfalls bevor ihnen amtliche Beschlüsse bekannt waren, gelang es, auf privaten Reich und Mißverhältnisse... (Text discusses political and administrative matters, possibly related to the student corps mentioned in the adjacent article).

Das kann sich nur gegen die Professoren Hermelin

Schädigung und Rache richten. Das Ribou, das der Kritische in diesen Tagen einnimmt, ist ein denkbar niedriger. Wenn man schon aus innerer Sympathie für die Marburger Studenten und ihre Idee keine Stellung... (Text discusses the political stance of the 'Kritische' group and their views on the Marburg students).

Keine Fristverlängerung für die Türkei

Paris, 23. Juni. Nach einer Kabelmeldung ist dem Großvezir eine Note der Friedenskonferenz zugestellt worden, in der ihm... (Text reports on the diplomatic situation regarding Turkey and the peace conference).

Wohin geht die Fahrt?

Einem unter dieser Überschrift erschienenen Artikel des Genossen Heinrich Cunow in der Neuen Zeit entnehmen wir folgende Ausführungen, die wir für sehr beachtenswert halten, wenn sie sich auch nicht in allen Einzelheiten völlig mit unseren Anschauungen... (Text contains a quote or summary of Heinrich Cunow's article regarding the political future).

Ganz unentworfel dürften unsere Versuche denen kaum gekommen sein, die die politische Entwicklung seit den Tagen der Novemberrevolution offenen Auges verfolgt haben. Freilich so erheblich habe ich persönlich noch bis kurz vor dem Wahltag unsern Mandatsverlust nicht eingeschätzt. Auf eine Annahme unter Mandat am 20 bis 30 und einen annähernd gleichen Verlust der demokratischen Partei glaube ich ziemlich rechnen zu können, nicht aber auf einen Verlust unter Seize... (Text discusses the author's political analysis and predictions for the upcoming elections).

Welchen politischen Fehlern verdanken wir den Wahlmiserfolg? Zum Teil ist der Rückgang unserer Stimmen eine natürliche und unter den historischen gegebenen Verhältnissen unvermeidliche Abkehr der uns in den ersten Revolutionsmonaten zugewandten Anhänger. Ein wesentlicher Teil der Wähler, die sich nach den Novembertagen unserer Partei angeschlossen, kam nicht zu uns als politischer Überzeugung oder aus Einsicht in die neuen politischen Lebensnotwendigkeiten, sondern mitgerissen durch die damalige politische Gärung. Teils trieb diese neuen Willkür der Unmut über die Ernährungsverhältnisse und über die ihnen durch den Krieg und durch die bis dahin herrschende Regierung aufgetragene Verschärfung ihrer Bewegungsfreiheit oder der Klerger über die ihnen durch das Kriegregime bereitete Enttäuschung in unferm Lager, teils auch die unklare Erwartung, daß nun die allgemeine Lage sich baldigt ändern und die neue Regierung ihnen allerlei besondere Wünsche, Lohn- und Gehaltssteigerungen, Befähigungsbeihilfen usw. gewähren würde. Ein anderer wesentlicher Teil der Neuanfänger bestand aus Ideologen und Revolutionsromantikern, vollgepumpt mit den sonderbarsten Freiheitsvorstellungen, aber ohne tiefere gesellschaftliche Kenntnisse und ohne Einsicht in die Bedingungen aller sozialen Entwicklung. Daß von solchen neuen Vorantwärtigen und Wählern, sobald sie sich in ihren hohen Erwartungen und Ansprüchen getäuscht fühlten, manche wieder abwandten, zum größten Teil ins Lager der Unabhängigen und Kommunisten, teilweise auch direkt auch ohne Umstände zurück zu den Deutschen Nationalen Partei, mußte jedem klar sein, der einige Parteierfahrung und Menschenkenntnis besitzt.

Überbies aber kann einem wesentlichen Teil unserer Parteipresse nicht der Vorwurf erspart bleiben, daß sie ihrerseits das Unvernünftige tat, die aus den verschiedenartigen Gründen zu uns gekommenen neuen Masse zu sozialistischen Politikern zu erziehen. Sowie es auch nicht ratsam, die neuen Auswähler vor den Kopf zu stoßen, so mußte es doch die wichtigste Aufgabe der Parteipresse sein, sie über die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen und politischen Lage aufzuklären, ihnen die mitgebrachten neuen Missionen zu nehmen. Meist wurde ganz übersehen, daß die Revolution eine bankrotte Kriegswirtschaft übernommen hatte, die überdies unter der Sequstration der Entente stand. Ebensovornig wie in einem bankrotten Privatbetrieb, wenn dieser nicht zugrunde gehen soll, keine gewagten, in ihrem Ergebnis zweifelhaften Experimente vorgenommen werden können, vor allem nicht dann, wenn die notwendigen Mittel zur sachlichen Durchführung fehlen, so können auch nicht im heutigen Wirtschaftszustand Deutschlands mit seiner Verbundenheit an den Auslandsmarkt kostspielige sozialistische Experimente in Angriff genommen werden, deren Erfolg höchst zweifelhaft ist. Das Mittel, bankrotten Produktionsbetrieben wieder aufzufassen, ist Steigerung der Leistungsfähigkeit, Einschränkung der Produktionskosten, Verbesserung der Arbeitsmethoden und der anwandenden Materialer. Diese Regel gilt auch für den wirtschaftlichen Gesamtbetrieb einer Volkswirtschaft.

Leider läßt das, was die Koalitionsregierung auf diesem Gebiet bisher geleistet hat, recht viel zu wünschen übrig. Die Ernährungs- wie die Arbeitsverhältnisse sind ganz unzureichend, während das Schiebertum...

Sraffin verhandelt weiter

Paris, 23. Juni. Nach einer Londoner Meldung des Temps sind die Verhandlungen zwischen der britischen Regierung und dem Comité d'Action Realiste nicht abgebrochen worden. Auf der Grundlage der Beschlüsse von Boulogne würden die Verhandlungen morgen oder übermorgen wieder aufgenommen.

Krefelder Ultimatum an die Belgier!

Krefeld, 23. Juni. Dem belgischen Kommandeur wurde folgendes Ultimatum überreicht: Die Vorkriegsbesatzung des Krefelder Industriebezirks verlangen von der belgischen Regierung, die sofortige Zurückziehung der Truppen, die von der Besetzung des Industriebezirks des Schiebertums betrauert werden, aus der inneren Stadt, 2. Sühne für die Verbrechen, die während der Besetzung durch belgische Soldaten, 3. Garantie für hinreichende Lebensmittel, deren Preise im Einvernehmen mit den Kommunalen festzusetzen sind, widrigenfalls die Krefelder Arbeiterchaft in der Generalstreik treten wird, für den Empfindlichkeitsgrad des gesamten linken Niederrheins vorliegen.

Belegung des internationalen Bureaus

London, 23. Juni. (Reuter.) Bei der Konferenz der englischen Arbeiterpartei in Scarborough, an der 1150 Delegierte teilnahmen, sagte Comilla Quigman, es werde in Genf beantragt, daß das Internationale sozialistische Sekretariat nach London verlegt werde, weil der künftige Mittelpunkt der Internationalen in einem mächtigen Lande mit einer mächtigen Partei liegen müsse.

In der ersten Sitzung der Jahresversammlung der Labour Party übte der Vorsitzende D. J. Keir die Kritik an der britischen Regierungspolitik. Man verfuhr mit brutaler militärischer Gewalt in Irland den Zustand gewaltsam zu unterdrücken. Irland müsse die Regierungsform, die ihm geeignet ist, erhalten. Wenn es eine unabhängige Republik sein wollte, so könne die Labour Party das Recht dazu nicht verteidigen. Welche Regierungsform Irland auch immer wählen möge, so müsse es doch frei wählen können. Dieser Grundsatz könne aber nur dann, wenn die belgischen Truppen bedingungslos zurückgezogen würden...

und die Preistreiberei einen Aufsichtung genommen haben wie selbst nicht im letzten Kriegsjahr. Vor allem aber verzieht man in der heutigen offiziellen Wirtschaftspolitik jeden festen Organisationsplan, jedes bewusste Hinarbeiten auf ein aus der Lenzung unserer modernen Wirtschaftsbewegung abgeleitetes, die Art der einzelnen Maßnahmen bestimmendes Zweckziel. Die mehr beschränkte sich bisher meist die Wirtschaftspolitik der Regierung darauf, wenn allzu große Notstände hervorgerufen oder irgendeine Berufsgruppe besonders laut wurde, zu beschließen, durch Verordnungen und Verfügungen einige Mittel zu verschaffen. Wie viele Stimmen uns dieses Verhalten gekostet hat und wie manche Kleingewerbetreibende — und zum nicht nur sogenannte Novembersozialisten, sondern alle Parteigenossen — uns infolge dessen den Rücken gefehrt haben, läßt sich natürlich äufzählend nicht nachweisen, daß aber ein wesentlicher Teil unserer Stimmenverluste auf den wachsenden Unmut der ärmeren erwerbstätigen Bevölkerung über die offizielle Wirtschaftspolitik zurückzuführen ist, erscheint mir zweifellos. Gar mancher Kleingewerbetreibender oder Arbeiter, der sich irgendwoher mit Nahrung zu versehen sucht, versteht nicht, warum ihm überall Schranken gesetzt sind, während ringsherum das Schiebertum blüht und der Verbraucher sich ungenügend immer weiter ausbreitet.

Leider scheint mir die Hoffnung, der Stimmenrückgang werde eine Änderung in unserer bisherigen Zustände- und Agitationspolitik sowie den Uebergang der heutigen planlosen Wirtschaft in eine sich bestimmte Ziel steden, nicht bald diesen, bald jenen Anregungen nachgehende Planwirtschaft herbeiführen, wenig begründet. Die alte Agitationspolitik und die überlebte Staatsfeindschaft, die auch im heutigen Staat und seiner Regierungsmaschinerie noch immer den alten hinterhältigen Gegner, man kann fast sagen den an allen Uebeln schuldigen Erbsünde sieht, beherrscht noch viel zu sehr die Vorstellungen der großen Mehrzahl unserer Parteigenossen, als daß sie sich den neuen politischen Lebens- und Entwicklungsbedingungen leicht anzupassen vermögen, während andererseits die Verhältnisse, die nach dem Rapp-Buch im Reichswirtschafts- und Ernährungsamt stattgefunden haben und wohl bei der Bildung eines neuen Kabinetts in dieses übernommen werden dürften, noch weniger als früher die Gewähr bieten, daß die Wirtschaftspolitik des Reichs bis ins Ende erreicht hat. Die Sozialdemokratische Partei wird dem Anschein nach noch manche bittere Erfahrungen machen müssen, bis sie die Notwendigkeit des Umlernens in gewissen Dingen begreift.

Wie festiam noch die heutige innere und internationale Lage in unferm Parteilager beurteilt wird, zeigt die Tatsache, daß es nicht wenige Parteigenossen gibt, die noch immer für eine sogenannte Ausbeutung der Regierungspolitik nach links schwärmen, das heißt glauben, es könnte jetzt noch die Wahlen gelingen, einen arbeitsfähigen parlamentarischen Block aus Unabhängigen, Wehrheitssozialisten, Demokraten und Zentrumsparteilern zu bilden. Andre leben zwar ein, daß eine derartige Koalition zur Zeit unmöglich ist, aber sie reden einer Vision mit den Unabhängigen das Wort und meinen allen Ernstes, es müßte doch heute eine rein sozialistische Regierung möglich sein, eine aus Führern der verschiedensten sozialistischen Parteigruppen bestehende „Volkregierung“, die überdies auch noch nach der Verankerung mancher dieser sozialistischen Führer dem ganz unzulänglichen Fortschritt der sozialistischen Parteien an Mandaten, der Verschiedenheit der politischen Grundanschauungen in den Reihen ihrer Anhänger und des in solchem Falle nicht nur in den kapitalistischen Schichten, sondern auch in fast allen landlichen und kleinstädtischen Erwerbskreisen zu erwartenden schärfsten Widerstands in der Lage sein soll, „parlamentarisch“, ohne eine Krise oder eine andere Diktatur gleicher Art, zu regieren.

Wo solche Vorstellungen die Köpfe beherrschen, hört jede vernünftige Diskussion auf. Möglich ist nach dem Reichswirtschaftsplan in der heutigen politischen Lage weder eine rein sozialistische Regierung noch ein nur aus den Reichsparteien bestehendes Regiment, auch nicht, wenn man diesen den größten Teil des Zentrums hinzurechnet — wenigstens nicht, wenn nicht eine solche Koalition von vornherein auf jede parlamentarische Geschäftsführung verzichtet und zur brutalen Diktatur greift, und selbst dann würde ihre Herrschaft recht kurzen Bestand haben, denn gegen den offenen Widerstand der Arbeiterbevölkerung ist heute in Deutschland keine Regierung möglich. So bleibt nur die Bildung eines Kabinetts auf der Grundlage der bisherigen Regierungskoalition, vielleicht mit Teilung einiger Posten durch Hoch- und Mittelstand. Auch eine Verdrößerung der Koalition nach rechts, also die Einziehung der Deutschen Volkspartei, erscheint mir un-

giglich, wenn auch ein Teil der Partei Stresemann-Einnes-

Schwer genug wird freilich der neuen Regierung der

Aus der Reichstagsfraktion

Ein Anmeldeartikel Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wähle in ihrer

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen,

Deutsches Reich

Die Reise zur Abstimmung in Ostpreußen

Berlin, 23. Juni. Dem deutschen Gesandten in

Belagerungszustand in Uffm

Stuttgart, 23. Juni. Zur Wiederherstellung der gefährdeten

Erzberger im Reichstag

Berlin, 24. Juni. Gestern nachmittag erließen der Reichs-

Wegen versuchten Landesverrats verurteilt

Der bereinigte 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichtes

Das Thüringer Ergebnis

Nach dem vorläufigen Ergebnis der Landtagswahlen

Anrechnung der Naturalbezüge beim Steuer-

Nach § 85 des Einkommensteuergesetzes hat der Reichs-

besüge. Der Wert dieser Bezüge ist gemäß § 87 des Gesetzes nach

Einigung zwischen Hergerten und Krankeuten

Berlin, 24. Juni. Verhandlungen, die am 21. Juni im Reichs-

Dr. Hieber württembergischer Staatspräsident

In der Sitzung des württembergischen Landtags vom Mitt-

Gegen die Steigerung der Lebensmittelpreise

Berlin, 23. Juni. Wie der Abend mitteilt, hat der Berliner

Die Finanznot der Eisenbahn

Der Reichstag hat einen Votum angenommen, der sofort dem

Internationale Seemannskonferenz in Genua

Die vom internationalen Arbeitsamt einberufene interna-

Heiligensbilder und Lebensmittelwucher

Unser Parteiblatt in Würzburg berichtet über eine mer-

Lechte lokale Nachrichten

Polizeibericht

Einbruch. In der Nacht vom 21. Juni sind aus einer Kreis-

Die Devisenkurse

Berlin, 23. Juni. (Amtlich)

Table with 4 columns: Land, Devisen, 23. 6. (Gold), 23. 6. (Silber), 23. 6. (Papier), 23. 6. (Mark)

Art herauszugeben. Der Bund ist unabweisend bemüht, für die

Auf Sonntag wurde die Aussprache über das Verhältnis

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Der Verband der deutschen Buchdrucker spricht sich für eine

Die Etatsdebatten in der Volkstammer

129. Sitzung, Mittwoch, 23. Juni 1920.

Vorsitz: Präsident Dr. Winterhagen

Vorbericht: Herr Dr. Winterhagen

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Etatsberatungen.

Herrn Dr. Winterhagen: Die parlamentarische Auffassung des Finanzministers erscheint wenig begründet. Die Staatskasse ist nicht noch weiter zu vergraben, als es schon jetzt der Fall ist...

Herrn Dr. Winterhagen: Die über die finanzielle Situation des Reiches und in der Einzelstaaten ausgeprochenen Beschlüssen seien eingetragene, Staats- und Verbandsverträge...

Herrn Dr. Winterhagen: Die über die finanzielle Situation des Reiches und in der Einzelstaaten ausgeprochenen Beschlüssen seien eingetragene, Staats- und Verbandsverträge...

Herrn Dr. Winterhagen: Die über die finanzielle Situation des Reiches und in der Einzelstaaten ausgeprochenen Beschlüssen seien eingetragene, Staats- und Verbandsverträge...

Herrn Dr. Winterhagen: Die über die finanzielle Situation des Reiches und in der Einzelstaaten ausgeprochenen Beschlüssen seien eingetragene, Staats- und Verbandsverträge...

Herrn Dr. Winterhagen: Die über die finanzielle Situation des Reiches und in der Einzelstaaten ausgeprochenen Beschlüssen seien eingetragene, Staats- und Verbandsverträge...

Herrn Dr. Winterhagen: Die über die finanzielle Situation des Reiches und in der Einzelstaaten ausgeprochenen Beschlüssen seien eingetragene, Staats- und Verbandsverträge...

(Fortsetzung) Die Schulden hätten auf den Staat übernommen werden. Für das für den Kleinwohnungsbau und die Presse benötigte Holz müsste eine Verbilligung eintreten...

Abends 8 Uhr werden die Verhandlungen abgebrochen und auf Donnerstag, 1. Juli, vertagt.

Sächsische Angelegenheiten Die Etatsdebatten

Die Verhandlungen über den Etat wurden gestern in einer bis in die Abendstunden andauernden Sitzung fortgesetzt, ohne ein Ende zu erreichen. Die Reden wurden länger, aber kaum inhaltreicher.

Freit und monoton lamentierte der Deutschnationale Ziller über die Reichsrenten, die Zwangswirtschaft und manches andere. Große Sorge bereitet ihm auch die Abfindung des früheren Königs.

Die Debatte soll heute fortgesetzt und zu Ende geführt werden. Man rechnet mit einer kurzen Dauer, vielleicht nur noch mit einem Redner, den Genossen Gaitan.

Sozialdemokratische Anfrage

In der Volkstammer ist von sozialdemokratischer Seite folgende Anfrage eingebracht worden: Was bekennt die Staatsregierung zu tun, um der mitchischen Lage der vogtländischen Stiderei-Industrie abzuwehren?

Auflösung des Vollzugsauschusses des Landesarbeiterrats

Der Vollzugsauschuss des Landarbeiterrats hat in seiner am 19. Juni abgehaltenen Sitzung Stellung genommen zu dem Ergebnis der Verhandlungen der Kommission zur Aufstellung neuer Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeiterräte.

Nachdem der vom Vollzugsauschuss früher vorgelegte Entwurf von der Volkstammer des Landarbeiterrats nicht angenommen worden ist, neue Richtlinien jedoch von der Kommission nicht vorgelegt wurden, nachdem weiterhin der Ministerpräsident Bredt in seiner Programmrede angekündigt hat...

Zur Lage in der sächsischen Zigarrenindustrie Zu dem Bericht in der Dresdener Volkszeitung vom 17. Juni über die Klage des Verbandes sächsischer Industrieller über die Lage der vertriebenen sächsischen Industriellen gehen uns aus den Äußerungen der organisierten Tabakarbeiter folgende Bemerkungen zu:

Zur Lage in der sächsischen Zigarrenindustrie

Zu dem Bericht in der Dresdener Volkszeitung vom 17. Juni über die Klage des Verbandes sächsischer Industrieller über die Lage der vertriebenen sächsischen Industriellen gehen uns aus den Äußerungen der organisierten Tabakarbeiter folgende Bemerkungen zu:

In dieser Angelegenheit vernünftlich einzusetzen bzw. einen Teilerlös zu fällen. Als das bei den Unternehmern bekannt wurde, legten die Arbeiterratsmitglieder ein. Bei den Fabrikanten liege noch nach haben, würden die Arbeitgeber in arge Verlegenheit geraten...

Was man nun über die neue Banderole anfährt, ist geeignet, in der Öffentlichkeit ein falsches Bild zu erzeugen. Steuerliche Belastungen haben die Arbeitgeber in der Tabakindustrie schon immer durch den Druck auf die Arbeiter abzumüllen versucht.

Die Hölz-Prozesse

In Bezug auf die neu durch die Presse gelaufene Notiz, die Verhandlungen gegen Hölz und andere Länder im Juni und Juli vor einem besonders gebildeten Gerichtshof hier stattfinden, können wir aus sicherer Quelle mitteilen, dass daran nichts Wahres ist.

Zur Hölz-Affäre wird noch aus Göttingen mitgeteilt: Die Untersuchung gegen ihn und seine auf tschecholoslawische Gebiet verhafteten Genossen wegen Verbrechens des Hochverrats (Verbreitung hochverräterischer Druckschriften), ferner wegen Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit, begangen an den ihn verhaftenden Sicherheitsorganen, und wegen Vergehens gegen das sogenannte Anarchistengesetz (Sprengmittelgesetz), begangen durch angebliche Verwendung einer Handgranate, ist beendet.

Abzug von Einkommensteuern am Arbeitslohn bei Naturalbezüge

Als Arbeitslohn gilt nach § 2 der Bestimmungen des Reichsfinanzministeriums vom 21. Mai 1920 (Zentralblatt für das Deutsche Reich, S. 832) jede in Geld oder Geldswert bewirkte einmalige oder wiederkehrende Vergütung für Arbeitsleistungen.

Die Untaten einer Räuberbande

Eine gut organisierte Räuberbande, die unter der Führung zweier ehemaligen Mitglieder der Anarchistenbande im März 1919 schwer beauftragt und im Strafzuge die Langensand bei Pöhl verhaftet wurde, hatte es gewagt, auf die Verurteilung der Pöhl abgesehen.

Vertical advertisements on the left margin including 'Theater', 'Wirtschaft', 'Hänel', 'Leichte', 'Stadimentenführer', 'Wahlrecht', 'Streck', 'Zweid', 'Streck', 'Streck'.

Die Krise im Sattler- und Tapezierergewerbe

Aus schwebenden Kreisen des Sattler- und Tapezierergewerbes wird uns berichtet: Die Krise im Sattler- und Tapezierergewerbe liegt immer größere Teile, die Zahl der Arbeiter ist...

Die Ursachen dieser Krise liegen vor allem in einer toben- den kapitalistischen Wirtschaftskrise, die nach dem Kriegsende im Sattler- und Tapezierergewerbe mehr Schaden gestiftet hat...

Die Aufhebung der Zwangsberuflichkeit ist eine wichtige Maßnahme, die dem Sattler- und Tapezierergewerbe mehr Leben einhauchen wird...

Infolge des Ausganges des Krieges hat die Lage der Arbeiter in diesem Gewerbe sehr ungünstig sich gestaltet...

Die Schwierigkeiten, die sich durch die Einführung der neuen Tarifbestimmungen ergeben, sind von erheblicher Bedeutung...

Die jetzige Krise wurde im wesentlichen durch die in kurzer Zeit eingetretenen erheblichen Erhöhungen der Lebenshaltungskosten...

Wenn wir aus der Krise herauswollen, dann muß unter allen Umständen gestreift werden, was die Produktion behindert...

Die Krise im Sattler- und Tapezierergewerbe ist ein Beispiel für die allgemeine Krise im Handwerk...

Somit sind die Tapezierergewerbe in Frage kommt, liegen die Verhältnisse ähnlich. Der Aufstieg im letzten Jahre erfolgte von vornherein auf ungesunder Grundlage...

Es muß im allgemeinen Interesse der Arbeiter und der Wirtschaft diese planlose privatkapitalistische Produktionsweise einer planmäßigen, im Allgemeininteresse stehenden Produktion...

Unter Beibehaltung der bisherigen Bestimmungen werden die Lohnsätze in den einzelnen Tarifklassen wie folgt festgesetzt: für Dreiarbeiter in Dresden...

Die Krise im Sattler- und Tapezierergewerbe ist ein Beispiel für die allgemeine Krise im Handwerk...

Die Krise im Sattler- und Tapezierergewerbe ist ein Beispiel für die allgemeine Krise im Handwerk...

Die Krise im Sattler- und Tapezierergewerbe ist ein Beispiel für die allgemeine Krise im Handwerk...

10. Juni 1920. Für Damenarbeiter beträgt der Stundenlohn 20 Pf. mehr als der für die einzelnen Orte festgesetzte Stundenlohn...

Den Schiedsrichter lehnten die Arbeitgeber nach Verhandlung ab. Vom Schiedsrichter ist die Verbindlichkeitsklärung beim Tarifverhandlungsausschuss beantragt worden...

Aus der freigewerkschaftlichen Organisation des Post- und Telegraphenpersonals

In der am 14. Juni abgehaltenen Parteiversammlung des Post- und Telegraphenpersonals referierte Bezirksleiter Vanger über: Unsere Zukunft. Der fortwährende Kampf um die Erhaltung...

Am 16. Juni fand eine Postbotenversammlung statt, die nicht genügend besucht war. Bezirksleiter Vanger referierte über das Thema: Die Krise im Postgewerbe...

Polizeibeamtenversammlung

Den Vertretern des Reichsverbandes der Polizeibeamten Deutschlands ist in letzter Zeit auch die Sachliche Regierung der Frage der Reorganisation der Polizei nähergetreten...

Der Vorsitzende des Sachlichen Polizeibeamtenverbandes, Rättner, begrüßte alle erschienenen Kollegen und Vertreter der höheren Behörden. Interessant war dessen Mitteilung...

Regierungsrat v. Jeschitz vom Ministerium des Innern begrüßte die Versammlung und teilte mit, daß die Vorarbeiten für eine Veranlagung der gesamten Polizei auch in Sachsen im Gange sind...

Nach langen und eingehenden Verhandlungen der Tarifkommissionen des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbauergewerbes und der in Frage kommenden Arbeitgeberverbände...

Drei Reichstarife im graphischen Gewerbe. Am 31. Mai haben die Reichstarife für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe und das Deutsche Buchdruckgewerbe...

Die Krise im Sattler- und Tapezierergewerbe ist ein Beispiel für die allgemeine Krise im Handwerk...

Die Krise im Sattler- und Tapezierergewerbe ist ein Beispiel für die allgemeine Krise im Handwerk...

Die Krise im Sattler- und Tapezierergewerbe ist ein Beispiel für die allgemeine Krise im Handwerk...

Die Krise im Sattler- und Tapezierergewerbe ist ein Beispiel für die allgemeine Krise im Handwerk...

Die Krise im Sattler- und Tapezierergewerbe ist ein Beispiel für die allgemeine Krise im Handwerk...

Die Krise im Sattler- und Tapezierergewerbe ist ein Beispiel für die allgemeine Krise im Handwerk...

Verforgung der Bevölkerung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920.

Nach der Verordnung über die Verforgung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 1068)...

Die Verforgung der Bevölkerung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 wird durch die folgenden Bestimmungen geregelt...

Die Verforgung der Bevölkerung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 wird durch die folgenden Bestimmungen geregelt...

Die Verforgung der Bevölkerung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 wird durch die folgenden Bestimmungen geregelt...

Die Verforgung der Bevölkerung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 wird durch die folgenden Bestimmungen geregelt...

Die Verforgung der Bevölkerung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 wird durch die folgenden Bestimmungen geregelt...

Die Verforgung der Bevölkerung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 wird durch die folgenden Bestimmungen geregelt...

Die Verforgung der Bevölkerung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 wird durch die folgenden Bestimmungen geregelt...

Die Verforgung der Bevölkerung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 wird durch die folgenden Bestimmungen geregelt...

Die Verforgung der Bevölkerung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 wird durch die folgenden Bestimmungen geregelt...

Die Verforgung der Bevölkerung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 wird durch die folgenden Bestimmungen geregelt...

Die Verforgung der Bevölkerung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 wird durch die folgenden Bestimmungen geregelt...

Die Verforgung der Bevölkerung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 wird durch die folgenden Bestimmungen geregelt...

Die Verforgung der Bevölkerung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 wird durch die folgenden Bestimmungen geregelt...

Die Verforgung der Bevölkerung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 wird durch die folgenden Bestimmungen geregelt...

Die Verforgung der Bevölkerung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 wird durch die folgenden Bestimmungen geregelt...

Vertical text on the far left edge of the page, likely from an adjacent page or a narrow advertisement.

Vertical text on the far right edge of the page, likely from an adjacent page or a narrow advertisement.

